

**Sende-Sperrfrist: 4. Oktober 2016, 10:30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

## **PRESSESTATEMENT**

von

**Anton F. Börner**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

### **Globalisierung in der Krise?**

**Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels**

**Berlin, 4. Oktober 2016, 10:30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ist die Globalisierung in der Krise? Tatsache ist, dass alleine der Begriff vielen Menschen Angst macht und die Offenheit gegenüber dem Freihandel sinkt, und zwar nicht nur in Deutschland. Tatsache ist aber auch, dass wir in den vergangenen 30 Jahren in der Globalisierung extrem erfolgreich gewesen sind und dass - wenn wir aufpassen - es auch die nächsten 30 Jahre sein werden. Dafür brauchen wir Rahmenbedingungen. Insbesondere müssen die Weltmärkte offen bleiben! Offen bleiben heißt aber nicht ohne Regeln. Globalisierung heißt eben nicht Laissez-Faire, im Gegenteil: Wir müssen und wollen sie aktiv gestalten! Uns ist bewusst, dass wir damit im Widerspruch zur veröffentlichten Meinung und zur derzeitigen Mehrheitsmeinung stehen, was etwa TTIP betrifft.

Meine Damen und Herren,

der deutsche Außenhandel hat sich lange in einem immer schwierigen Umfeld behauptet und scheint nun vorläufig an ein Ende gekommen. Im ersten Halbjahr 2016 sind unsere Ausfuhren lediglich um 1,4 Prozent und unsere Importe sind sogar nur um 0,2 Prozent gestiegen. Dabei machen sich bei den Einfuhren nicht zuletzt die niedrigen Rohstoffpreise bemerkbar. Dieser Preiseffekt hat einen hohen Anteil an den geringen Importwerten, denn der heimische Konsum bleibt ungetrübt und stabilisiert so die Wirtschaft.

Schaut man sich die Entwicklungen in unseren Absatzmärkten genauer an, so muss man feststellen, dass sich die Abkühlung auf alle Märkte verteilt. Die Ausfuhren nach Asien waren um 0,3 Prozent rückläufig, nach Amerika sogar um 4,5 Prozent. Demgegenüber stand ein Zuwachs von 3 Prozent bei der Nachfrage aus Europa.

An allen Ecken und Enden der Welt kriselt es, nicht zuletzt vor den Toren Europas und auch innerhalb unseres wichtigsten Kernmarktes. Vor dem Hintergrund der daraus resultierenden Verunsicherung und Zurückhaltung erwarten wir für dieses Jahr bei den Ausfuhren immerhin noch ein kleines Wachstum von maximal zwei Prozent auf 1.220 Milliarden Euro. Trotzdem wird der deutsche Außenhandel einen neuen Rekord bei den Ausfuhren verzeichnen. Bei den Einfuhren erwarten wir insbesondere aufgrund des schon erwähnten Preiseffekts lediglich einen Anstieg um 0,5 Prozent auf 953 Milliarden Euro.

Das schwierige weltwirtschaftliche Umfeld wird sich auch in den kommenden Monaten fortsetzen. So stehen alleine in Europa zahlreiche Wahlen und wichtige Entscheidungen mit völlig ungewissem Ausgang an, etwa in Italien, den Niederlanden, Frankreich und in Deutschland. Auch bleibt abzuwarten, wie die Weichen in Bezug auf den Brexit gestellt werden. Daher gehen wir davon aus, dass 2017 mit einem Wachstum der Ausfuhren von höchstens zweieinhalb Prozent, auf dann 1.250 Milliarden Euro gerechnet werden kann. Einfuhrseitig gehen wir von einem Anziehen der Energie- und Rohstoffpreise aus, so dass wir mit einem Wachstum von 1,5 Prozent auf 967 Milliarden Euro rechnen.

Nachdem die BRIC-Staaten über viele Jahre hinweg die Rolle der weltwirtschaftlichen Zugpferde hatten, konnten zuletzt unsere traditionellen Handelspartner in Europa aber auch in den USA einen gewissen Ausgleich schaffen und trugen zur weiteren Stabilisierung im Außenhandel bei.

Mit dem Votum der Briten für den Austritt hat aber auch die EU als unser wichtigster Absatzmarkt nun einen deutlichen Dämpfer erlitten. Dieser Dämpfer wird sich erst in den nächsten Monaten und Jahren wirklich bemerkbar machen. Unabhängig vom Brexit verzeichnen wir aber schon im ersten Halbjahr eine deutliche Abkühlung in diesen wichtigen bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Wuchsen im letzten Jahr unsere Ausfuhren nach Großbritannien noch um 12,3 Prozent, so waren es im ersten Halbjahr dieses Jahres nunmehr nur noch 0,5 Prozent. Auch in Übersee ist keine Erholung in Sicht. Nachdem die Ausfuhren nach China beispielsweise im vergangenen Jahr sogar um 4,7 Prozent eingebrochen waren, konnte diese Entwicklung mit einem Wachstum von 1,2 Prozent im ersten Halbjahr nur leicht korrigiert werden. Damit liegen wir weit entfernt von den zweistelligen Wachstumsraten der letzten Jahrzehnte. Eine vergleichbare Entwicklung ist auch im Außenhandel mit den USA zu verzeichnen. Das Wachstum deutscher Ausfuhren betrug 2015 im Vorjahresvergleich noch 18,7 Prozent, kehrte sich dann aber im ersten Halbjahr 2016 um in einen Rückgang von 4,1 Prozent. Damit fehlen nunmehr wichtige neue Impulse für die deutsche Wirtschaft.

In absehbarer Zeit ist auch nicht damit zu rechnen, dass sich die Märkte in China oder Russland erholen. Die chinesische Volkswirtschaft steht vor gewaltigen strukturellen Veränderungsprozessen. Die Fortführung der immensen

Überkapazitäten kann sich China nicht mehr leisten. Gleichzeitig wird der Abbau dieser Überkapazitäten schmerzhaft sein.

Russland und die Türkei haben darüber hinaus die Unsicherheiten vor unserer Haustür weiter erhöht. Nicht zuletzt haben die massiven Eingriffe in die Verwaltungsstrukturen und die Einführung von Notstandsgesetzen in der Türkei zu einer massiven Verunsicherung in der Wirtschaft geführt. Auch wenn die Abwicklung von Warenlieferungen weiterhin weitestgehend problemlos verlaufen, so befinden wir uns derzeit doch in einem Umfeld, das dringend benötigte Investitionen eher verhindert als fördert. Die Unsicherheitsfaktoren sind zu hoch, als dass sich Unternehmen längerfristig mit Kapital in diesen Märkten binden.

Was heißt das nun für unsere Exporte? Die Außenhandelsaktivitäten werden sich auf absehbare Zeit weiter abkühlen. Die Unternehmen fahren auf Sicht und verschieben Investitionsentscheidungen, die Grundlage für dringend benötigtes Wachstum sind.

Betrachtet man die Aufteilung unserer Ausfuhren nach Güterarten, so mussten sowohl bei den chemischen Erzeugnissen als auch bei den Maschinen im ersten Halbjahr Rückgänge hingenommen werden. Die Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen verringerten sich um minus 2,1 Prozent und die Ausfuhren von Maschinen um minus 1 Prozent. Lediglich im Bereich der Kraftwagen und Kraftwagenteile konnte noch ein Zuwachs von 2,2 Prozent im Vorjahresvergleich erzielt werden.

Die Entwicklung bei den wichtigsten Einfuhrgütern - Kraftwagen und Kraftwagenteile, Datenverarbeitungsgeräte sowie Maschinen - spiegelt das geringe Importergebnis nicht wider: So stiegen die Einfuhren bei den Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 7,9 Prozent und bei Maschinen um 1,3 Prozent. Lediglich die Einfuhren von Datenverarbeitungsgeräten sank leicht um minus 0,1 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir erleben in Deutschland eine paradoxe Situation:

Die Außenwirtschaft hat über die vergangenen Jahrzehnte konsequent an Bedeutung für die gesamte deutsche Wirtschaft gewonnen. So beträgt inzwischen die Außenhandelsquote, also das Verhältnis von Exporten und Importen zum Bruttoinlandsprodukt, 86 Prozent. Vor zwanzig Jahren betrug dieser Wert mit

43,5 Prozent noch knapp die Hälfte. Jeder zweite Arbeitsplatz, mehr als 15 Millionen Jobs, hängen in Deutschland mittlerweile direkt oder indirekt vom Außenhandel ab. Deutschland ist damit wie kaum ein anderes Land fest in die globalen Wertschöpfungsketten und Warenströme eingebunden und damit auch ein klarer Gewinner des internationalen Handels und der Globalisierung.

Aber auch der Charakter des internationalen Handels hat sich verändert. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat eine umfassende Fragmentierung von Wertschöpfungsketten stattgefunden. Über die Hälfte des Waren- und Dienstleistungshandels entfällt heute auf Vorleistungen. Dies hat zu einer immer stärkeren Abhängigkeit nicht nur bei Rohstoffen sondern eben auch bei Vorleistungsgütern geführt. Die Importabhängigkeitsquote Deutschlands lag daher zuletzt bei über 30 Prozent. Dies wurde aber erst ermöglicht durch die schrittweise Integration von Märkten und Angleichung von Regeln. Damit einhergegangen sind natürlich auch neue Abhängigkeiten und die Notwendigkeit, supranationale Lösungen für Probleme zu finden, die nicht mehr national gelöst werden können. Darunter auch Entwicklungen, die der Globalisierung fälschlicherweise zugeschrieben werden, wie Terrorismus, der nicht aufhören wird, sondern zunehmen, Immigration oder etwa Aggression aus der islamischen Welt und Russland.

In der Bevölkerung hat sich derweil gewaltiger Widerstand gegen eine weitergehende Integration in die Weltwirtschaft breit gemacht. Dabei fußt dieser Widerstand vordergründig auf einem tiefen Misstrauen gegenüber Märkten, globalen Unternehmen und der Globalisierung an sich. Die gesamte Aufmerksamkeit richtet man in diesem Zuge der Sorge auf Absenkung von Standards bei Arbeit, Produkten oder der Umwelt. Gepaart wird diese Sorge insbesondere mit der Angst vor einer Übermacht globaler Konzerne, die Staaten verklagen können und so demokratische Strukturen aushöhlen.

Wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen: Denn hintergründig ist es die Angst vor einer unsicheren Zukunft, dass die Renten nicht mehr sicher sind und Altersarmut droht, und dass wir von fremden Kulturen überschwemmt werden, vor dem Verlust unserer Identität. Bemerkenswert dabei ist, dass kein Gedanke an die

Vorteile des freien Handels und der Globalisierung verloren wird, wie etwa die Verfügbarkeit von Gütern zu günstigen Preisen.

Ja, meine Damen und Herren, es liegen große Herausforderungen vor uns. Aber wir müssen keine Angst vor der Zukunft haben! Wir sind, die deutsche Wirtschaft ist enorm stark. Wir können so viele Dinge exklusiv, die andere nicht können, so dass wir immer auf eine Nachfrage stoßen werden.

Die Welt braucht uns 80 Millionen Deutsche in den Bereichen Ingenieurskunst, technische Lösungen und Vieles mehr. Bester Beweis ist die Vergangenheit: Obwohl viele Schwellenländer heute zu gigantischen Industrienationen geworden sind, haben wir unsere Umsätze immer mehr erhöht. Obwohl wir eigentlich schon seit 10 Jahren auf dem absteigenden Ast sein müssten, weil uns China, Brasilien und andere längst überholt haben sollten. Fakt ist ganz etwas anderes: dass wir immer mehr Umsätze machen, weil auf der ganzen Welt immer mehr ‚Made in Germany‘ gebraucht wird. Deshalb braucht sich niemand ängstigen. Auch unsere Enkel werden noch riesige Erfolge auf den Weltmärkten haben.

Wir müssen auch keine Angst vor Altersarmut haben, wenn dieses Land so viel erwirtschaftet, dass wir die Umverteilung und die Beitragssysteme erhalten können; aber erst muss das Geld verdient werden! Das können wir und dann können wir auch die Renten bezahlen, wenn wir das richtig machen. Daraus folgt zwangsläufig, dass jeder, der an dieser Schraube dreht und wir nicht mehr auf den Weltmärkten erfolgreich tätig sein können, das Risiko der Altersarmut fördert.

Dabei gilt, dass wer in diesem Land den Freihandel ablehnt, nicht nur gegen die Sicherung und Verbesserung des Lebensstandards seiner Mitbürger ankämpft. Er erweist auch Millionen von Menschen weltweit einen Bärendienst, die versuchen, sich von ihrer Armut zu befreien.

Freier Welthandel ist die effektivste Maßnahme mit dem mit Abstand besten Kosten-Nutzen-Verhältnis, um das Leben vieler Menschen in der Welt zu verbessern. Insgesamt haben die Globalisierung und der Freihandel die Ungleichheit auf der Welt nicht erhöht, sondern dramatisch verringert. Insbesondere hat der Anteil der Menschen sehr stark abgenommen, die unterhalb des von der Weltbank definierten Existenzminimums von nun 1,90 Dollar pro Tag auskommen müssen. Er fiel von rund 44 Prozent im Jahr 1981 auf nur noch rund 13 Prozent im Jahr 2012. Es muss immer

wieder deutlich gesagt werden: Freihandel ist kein Nullsummenspiel, bei dem die einen nur das gewinnen, was die anderen verlieren. Eine jüngst von Oxfam veröffentlichte Studie musste anerkennen, dass 99 Prozent der Deutschen die weltweite Armut überschätzten. Nur 0,5 Prozent der Deutschen wissen, dass sich die Zahl der Menschen in extremer Armut in den vergangenen 20 Jahren weltweit halbiert hat. Die Studie offenbart eine tiefe Zukunftsangst und einen tief sitzenden Zukunftspessimismus in der deutschen Gesellschaft. Das ist Gift für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung!

Unterm Strich bringt der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen weltweit für alle mehr Vor- als Nachteile. Doch lediglich Hinweise auf diese Vorteile reichen sicherlich nicht aus. Handelsliberalisierung ist kein Selbstläufer und muss stets auch von Investitionen und vernünftigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen begleitet werden. Marktöffnung sollte flankiert werden mit einer Unterstützung für diejenigen, die nicht automatisch zu den Gewinnern zählen. Dafür haben wir in Deutschland mit unserer Sozialen Marktwirtschaft und unserer Arbeitsmarktpolitik seit Jahrzehnten ein überaus erfolgreiches Modell. Das soziale Element stellt dabei eine sinnvolle Ergänzung zu einer offenen Handelspolitik dar.

Nicht der Freihandel ist für dieses Land gefährlich, sondern Abschottung und Protektionismus! Die Frage der Wettbewerbsfähigkeit ist auch für die Zukunft der EU als Ganzes von entscheidender Bedeutung. Über kurz oder lang würde sich ein Mangel an Kontakten mit der Außenwelt negativ auf die Vitalität der Wirtschaft unserer Nachbarländer auswirken und sich dann direkt auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Dies würde den Zentrifugalkräften in der EU noch weiteren Auftrieb verleihen, am Ende würde die EU zerfallen und das würde unsere Zukunft massiv gefährden.

Wir brauchen Mut und Entschlossenheit, die weltweiten Rahmenbedingungen mitzugestalten. Andernfalls würden wir uns sonst am Ende nach extern vorgegebenen Regeln richten müssen. Solange kein Durchbruch bei der WTO-Doha-Runde gelingt, leisten moderne Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA einen wichtigen Beitrag zur weiteren Öffnung der Märkte und dem Abbau von Handelsbarrieren.

Bei TTIP wird Europa möglicherweise das letzte Mal die Chance haben, sich an einem Abkommen zu beteiligen, über das wir die Standards für den Welthandel mitbestimmen können. Diese Standards werden vielleicht nicht immer in Jedermanns Sinn sein. Aber sie werden definitiv besser sein als diejenigen, die andere Regionen der Welt ohne Demokratie und Achtung der Menschenrechte ohne unser Zutun aufschreiben würden. Wenn wir es versäumen, die Globalisierung mitzugestalten, werden sich an diesen „fremden“ Standards die nächsten Generationen in diesem Land orientieren müssen, mit allen damit verbundenen, negativen Konsequenzen.

TTIP ist nicht tot! Nur weil beiden Seiten bei wichtigen Verhandlungsthemen, wie z.B. dem Zugang zum US-Vergabemarkt, noch sehr weit auseinanderliegen, darf das Abkommen nicht voreilig abgeschlossen werden.

Meine Damen und Herren,

nicht zuletzt brauchen wir, um weiter erfolgreich zu sein, die Motivation der Leistungsträger unserer Gesellschaft. Nach 10 Jahren Aufschwung, in denen sich die Steuereinnahmen verdoppelt haben, womit vor allem eine Konsolidierung des Haushalts finanziert wurde, aber auch teure Wahlgeschenke, wie die Mütterrente und die Rente mit 63, ist es überfällig, nun zumindest einen Teil der Mehreinnahmen denen zu lassen, die sie bezahlen müssen, anstatt sie in neue sogenannte soziale Wohltaten zu stecken und die Umverteilungsschraube noch weiterzudrehen. Es ist an der Zeit, den nächsten Wahlkampf nicht mit lauter Wahlgeschenken zu bestreiten, die hinterher auch noch eingelöst werden müssen, sondern stattdessen die Konsolidierung beizubehalten und den Rest gerade auch den Facharbeitern und Leistungsträgern, die derzeit den steuerlichen Progressionsbuckel tragen müssen, zu lassen. Das sind oftmals junge Leute, die sich anstrengen, die eine Familie gründen und dann irgendwann auch ein Haus bauen wollen. Wie sollen sie sich hochmotiviert anstrengen, wenn wir ihnen nicht das Geld dazu lassen?

Meine Damen und Herren,

ja, die Globalisierung ist in der Krise, aber sie ist für uns keine Gefahr oder ein Risiko. Sie ist für Deutschland eine Chance!

Wir sind jedoch darauf angewiesen, dass wir auch in anderen Ländern unsere Waren verkaufen können und dass wir dort auch einkaufen können. Wir alle sind davon abhängig. Unternehmer, Arbeitnehmer und Rentner sind darauf angewiesen, dass



dies funktioniert. Wir brauchen freie Märkte, die aber nicht zwangsläufig deshalb unreguliert sein müssen. Im Gegenteil: Wir brauchen Regeln für den internationalen Handel. Deshalb wollen wir TTIP. Europäer können zusammen mit den Amerikanern auf der Grundlage ihrer Werte gemeinsam verlässliche Regeln aufstellen für einen freien Welthandel.

Wenn wir die Weltmärkte sichern wollen, brauchen wir insbesondere Europa, unseren wichtigsten Teilmarkt, allen Problemen zum Trotz. Europa zu verlieren, verkraften wir nicht.

Und wir brauchen die Motivation unserer leistungsbereiten Mitarbeiter, die unsere Unternehmen, die die deutsche Wirtschaft in Schwung halten, sonst sind wir nicht mehr erfolgreich. Wir wollen deshalb nicht mehr Geld für die Unternehmen, wir wollen mehr Geld für die Leute in unseren Unternehmen, die unsere Unternehmen voranbringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.